

„Verantwortungslos und zynisch“

Geplanter Windpark bei Seligenstadt erzürnt CDU-Politiker und Landtags-Vize Lortz

Von Peter Hanack

Frank Lortz, Vizepräsident des Hessischen Landtags, ist auf seine Parteifreunde von der CDU und Koalitionspartner FDP gar nicht gut zu sprechen. Die hätten „den Verstand verloren“, schreibt er in einer Presseerklärung, handelten „verantwortungslos und zynisch“. „Faule Kompromisse“ hätten offenbar den Sachverstand ersetzt, schimpft Lortz.

Der Grund für seine Wut: In seinem Wahlkreis soll der größte Windpark Südhessens entstehen. 202 Hektar zwischen der Autobahn 3 und Seligenstadt sind dafür vorgesehen. Darauf haben sich die Vertreter von CDU und FDP im Vermittlungsausschuss von Planungsverband und Regionalversammlung Südhessen verständigt.

Nur acht Standorte erlaubt

Insgesamt soll es damit im Ballungsraum Rhein-Main acht Vorrangflächen geben, in denen Windräder gebaut werden dürfen. Die CDU wollte lediglich fünf Standorte, die FDP zehn. An ande-

ren Standorten wären Windräder verboten, sollten die Flächen wie vereinbart in den Regionalen Flächennutzungsplan eingehen.

Außer dem Areal bei Seligenstadt haben die Parteienvertreter auch zwei umstrittene Areale bei Schöneck im Main-Kinzig-Kreis in den Plan aufgenommen. Eines davon ist bereits vom Regierungspräsidium genehmigt, das zweite soll folgen. Fünf weitere Standorte galten schon vor dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss als ausgemacht. Es sind Flächen bei Bad Nauheim, Ober-Mörlen, Florstadt, Nidderau und Maintal.

In seiner Erklärung verweist Lortz auf die „außergewöhnlichen Belastungen“, die der Kreis Offenbach schon zu tragen habe. So solle das Steinkohlekraftwerk Staudinger ausgebaut werden und liege mit der A3 eine der meistbefahrenen Autobahnen Deutschlands im Kreisgebiet. Zynisch und verantwortungslos sei es, dort zusätzliche Belastungen zu schaffen. Zumal, so Lortz, offensichtlich nicht die Kriterien Windhäufigkeit und -intensität bei der Wahl der Vorranggebiete eine Rol-

le gespielt hätten, sondern dass Kreise, in denen die Entscheidungsträger der Regionalversammlung lebten, verschont werden sollten.

Ausgenommen von der Ausweisung neuer Vorranggebiete sind alle südlichen Landkreise Hessens sowie der Rheingau-Taunus- und der Hochtaunuskreis – dort liegen Geo- und Naturparks, in denen nach dem Willen von CDU und FDP keine Windkraftanlagen entstehen sollen. Lortz fordert die Verantwortlichen in der Regionalversammlung und der Verbandskammer auf, die für Ende des Monats vorgesehene Entscheidung über die Windkraftstandorte zu verschieben.

Ohnehin ist fraglich, ob es in der Regionalversammlung eine Mehrheit für die Windareale geben wird – und damit für den gesamten Regionalplan. Dort verfügen CDU und FDP lediglich über eine Mehrheit von drei Stimmen. Der Kreisverband Offenbach-Land und die CDU-Kreistagsfraktion haben ihre drei CDU-Vertreter in der Regionalversammlung aufgefordert, mit Nein zu stimmen.

Vorranggebiete für Windenergie

im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main



Quelle: Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main